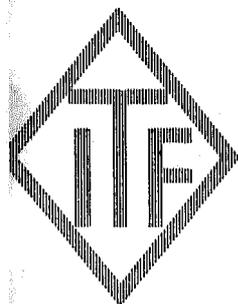


FASCHISMUS

Nummer 2

Amsterdam, den 28. Juli 1934



Furcht vor den braunen Proleten. - Lahmlegung der N.S.B.O.; Zerschlagung der S.A. (ITF) Die Schüsse, die am 30. Juni 1934 den Minister des Dritten Reiches, den Kommandeur der 2 1/2 Millionen-Armee der SA, Röhm, niederstreckten und (nach amtlicher viel zu niedriger Angabe) mindestens weitere 76 Führer der SA und der politischen Rechten, waren anfänglich nicht im Programme der faschistischen Diktatur zur Stabilisierung der Vorherrschaft des Grossbesitzes vorgesehen. Wochen vorher war bereits mit der endgültigen Entmachtung der nationalsozialistischen Arbeiterorganisationen begonnen worden. Die Zehntausende deutscher Arbeitsloser und Arbeiter, die sich vom Nationalsozialismus zum Kampf gegen ihre Klasse missbrauchen liessen, hatten ihre Pflicht getan, sie konnten gehen. Grossbesitz und Nazibonzen haben sich im Dritten Reich eingerichtet; für den Proleten, der im Braunhemd der "Alten Garde" den versprochenen Teil an der Beute verlangte, ist nichts mehr übriggeblieben.

In aller Stille wurden einschneidende Massnahmen getroffen. Im Februar erhielten die Unternehmer das Recht, fristlos jeden Obmann der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) allein schon wegen "leichtfertiger" Kritik zu entlassen. Im April wurde der NSBO verboten, in irgendeiner Form bei den Wahlen zu den Betriebsvertrauensleuten der Unternehmer einzugreifen. Im Mai wurden der "Gesamtverband der deutschen Arbeiter" und der "Gesamtverband der deutschen Angestellten" aufgelöst und die endgültige Liquidation der längst ausgehöhlten Arbeiter- und Angestelltenverbände angeordnet. Im Juni wurde der Hauptschlag geführt. Am 20. Juni verbot der Reichsarbeitsminister den Obleuten der NSBO, so weit sie nicht in den Vertrauensrat gewählt

2.)
waren, an den Sitzungen des Vertrauensrats teilzunehmen, was einen ausserordentlichen Prestige-Verlust bedeutete. Am 22. Juni wurde der NSBO verboten, Beiträge in irgendeiner Form zu erheben. Am 25. Juni wurden der NSBO für alle Zukunft alle öffentlichen Veranstaltungen gleich welcher Art untersagt. Der Prolet im Braunhemd stand im Betrieb mit einem Schlage dem Unternehmer wehrlos gegenüber, er hatte kein Vorrecht mehr vor den "marxistischen Untermenschen".

Aber noch bestand die Armee der 2 1/2 Millionen Braunhemden. Die SA war einst eine relativ zuverlässige Schutztruppe für den Grossbesitz gewesen. Nach dem Regierungsantritt Hitlers wurden Hunderttausende freigewerkschaftlicher Arbeiter in das braune Heer gepresst, die braune Armee wurde mehr und mehr aus einer Bürgerkriegsformation zur militärischen Ausbildungsgruppe. Als Schutzgarde der Diktatur fungierte die schwarzuniformierte Schutzstaffel (SS).

Die Praxis des Dritten Reiches ernüchterte jedoch Teile der braunen Armee, besondere "Feldjägerkorps" mussten zu ihrer Bewachung eingesetzt werden. Zwar war von den proletarischen SA-Leuten noch keine selbständige Aktion zu befürchten, doch war bekannt, dass grosse Teile der braunen Armee jederzeit einer Parole zur sozialen Revolution Folge leisten würden. Und den Landsknechten in der Leitung der SA, die alles andere als Sozialisten waren, war zuzutrauen, dass sie mit der Parole der sozialen Revolution ihren Cliquenkampf durchfechten würden. Unter ihrem Kommando wurde die SA zu einer akuten Gefahr für die Hitlerclique und zu einer latenten Bedrohung für den Grossbesitz. Die Hitlerclique fürchtete die offene Auseinandersetzung. Doch der Grossbesitz verlangte energisch nach der Beseitigung der NSBO Schutz vor der SA. Gleichzeitig forderten die Grossmächte den Abbau des braunen Rekrutendepots, und die Kassen, aus denen der Apparat der SA bezahlt wurde, waren leer.

In dieser Zwangslage handelte Hitler am 30. Juni. Die Art seines Vorgehens entspricht den in faschistischen Diktaturen üblichen Methoden, die von Hitler 17 Monate hindurch gegen die deutsche Arbeiterschaft angewandt werden konnten, ohne dass sich -- von rühmlichen Ausnahmen abgesehen -- die bürgerliche Presse aller Länder besonders darüber entrüstet hätte. Die Marschroute ist vom Grossbesitz vorgeschrieben: nach der Zerschlagung der NSBO wird jetzt die SA reorganisiert, sie soll, verkleinert, wieder zu einer zuverlässigen Stütze des Grossbesitzes werden. Die Wirtschaftskatastrophe des Dritten Reiches lässt keinen Raum mehr für den Luxus kostspieliger Sozialdemagogie. Nur auf eine von den unzuverlässigen proletarischen Elementen geübte NSDAP kann sich der Grossbesitz in den kommenden Monaten verschärfter Sozialreaktion verlassen.

Die Not wächst. (ITF) Der deutsche Exportüberschuss ist so stark
===== zurückgegangen, dass es an Devisen fehlt, um die Ernährung des Volkes und die Rohstoffversorgung der Industrie sicher zu stellen. Die deutsche Industrie muss fast die Hälfte (40-45%) ihres Rohstoffbedarfs importieren, die Lederindustrie 60%, die Textilindustrie gar 80%. Der soeben erschienene Vierteljahrsbericht des amtlichen deutschen Instituts für Konjunkturforschung teilt mit, dass die Autofabriken schon heute nicht mehr in der Lage sind, ihren Aufträgen nachzukommen; sie waren schon im Juni infolge der "Verknappung wichtiger Metalle, die aus dem Ausland eingeführt werden müssen", mit der Lieferung von 20 000 Fahrzeugen im Rückstand. In zahlreichen Unternehmungen der Lederindustrie mussten aus Rohstoffmangel Feierschichten eingelegt werden; in der Textilindustrie darf laut Verordnung des Reichswirtschaftsministers nur noch höchstens 36 Stunden gearbeitet werden. Durch diese Kurzarbeit wird der bereits durch Lohnsenkung geschmälerte Arbeitsverdienst der Industriearbeiter noch weiter verringert, und gleichzeitig steigen die Lebensmittelpreise.

Etwa ein Fünftel des deutschen Nahrungsmittelverbrauchs muss auch bei normaler Ernte importiert werden. Durch den regenarmen Sommer ist in diesem Jahre die Getreideernte gegen 1933 um 22-23% zurückgegangen, die weit über den Weltmarktpreisen liegenden deutschen Getreidepreise stiegen entsprechend. In Form "einer örtlichen Korrektur" wird der Brotpreis erhöht.

3.)

In Jahren der Brotteuerung steigt in Deutschland im allgemeinen der Verbrauch von Kartoffeln. Durch die Agrarpolitik der Nationalsozialisten aber ist auch der Kartoffelpreis gestiegen. Die Nationalsozialisten haben die Einfuhr ausländischer Futtermittel gedrosselt, die vom deutschen Grossgrundbesitz verkauften Futtermittel sind für den Bauern unerschwinglich! Er ist gezwungen, in stärkerem Ausmass das Vieh mit Kartoffeln zu füttern.

Jetzt müssen die deutschen Arbeiter, deren Arbeitsverdienst durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ohnehin schon erheblich verringert wurde, auch noch für Brot und Kartoffeln höhere Preise bezahlen; Margarine und Salz hat ihnen das Dritte Reich bereits verteuert. Der Verdienst reicht nicht mehr zum Leben, die geknechteten Massen hungern.

20% Verdienstabau. (ITF) Die deutsche Textil-Industrie hatte
===== durch die Uniformierung der zahllosen Verbände eine Sonderkonjunktur. Der drohende Rohstoffmangel veranlasste die zahlungsfähigen Kreise zum "Hamstern".

Die Industrie- und Handelskammer Halle berichtet, dass die Zahlungsfähigen sich im Hochsommer "nicht nur mit einem, sondern gleich mit mehreren Winteranzügen" versorgen. Der Auftragsbestand der Textilindustrie verdoppelte sich. Die durchschnittliche Arbeitszeit der Textilarbeiter betrug Mitte Juli bereits ca. 45 Stunden wöchentlich. Unter dem Druck der Rohstoffknappheit aber hat sich die Reichsregierung genötigt gesehen, die wöchentliche Arbeitszeit in der Textilindustrie auf höchstens 36 Stunden zu beschränken. Für die Textilarbeiter entsteht dadurch ein Verdienstausschlag von 20%, sie gehen jetzt -- nach den Angaben der Deutschen Arbeitsfront -- mit einem durchschnittlichen Wochenlohn von 14 RM netto nach Hause. Es wirkt wie ein Hohn, dass gleichzeitig die Reichsregierung der Industrie die Ermächtigung gibt, zur Erhöhung (!) der Wochenverdienste der deutschen Arbeiter die wöchentliche Arbeitszeit zu erhöhen.

Tatsachen sind stärker als Propaganda.

Die braune Korruption. (ITF) Die freigewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter hatten
===== sich in der "Volksfürsorge" ein eigenes Versicherungsunternehmen geschaffen. Die Nationalsozialisten haben sich auch dieser Selbsthilfe-Einrichtung der deutschen Arbeiterschaft bemächtigt. Doch während unter der Leitung freier Gewerkschafter die Versicherten das Recht der Kontrolle über ihr Unternehmen hatten, haben die Nationalsozialisten das "Führerprinzip" eingeführt: die Versicherten wurden ausgeschaltet. Das "Führerprinzip" erwies sich jedoch als so kostspielig, dass Revisionen nötig wurden. Die Revisoren mussten fast überall grosse Unterschlagungen feststellen, unter anderem wurden in Berlin 150 000 RM, in Köln am Rhein 120 000 RM, in Rostock 90 000 RM Unterschlagungen aufgedeckt. Die Revisionen gehen weiter, die Unterschlagungen auch.

Arbeitsschlacht für wen? (ITF)
=====

1) Reichspropagandaminister Dr. Goebbels: Rede gegen Miesmacher.

"Wenn ich Menschen Arbeit gebe, muss ich in Kauf nehmen, dass ihnen nicht die Löhne bezahlt werden, die ein der Kulturhöhe des deutschen Volkes entsprechender Lebensstandard bedingt".
"Der Arbeiter hat noch nicht das menschenwürdige Kulturniveau erreicht".

2) Dr. Goebbels:

"Das beweist aber nicht, dass die Regierung unsozial ist oder dass sie die Kapitalisten geschont hätte, sondern beweist nur...."

1) Deutsches Institut für Konjunkturforschung (aus dem am 16. Juli d. J. abgeschlossenen Vierteljahresbericht).

"Bei den Arbeitskräften, die bei den im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen durchgeführten Arbeiten eingestellt werden, handelt es sich vielfach um niedrig bezahlte Arbeiter".

2) Deutsches Institut für Konjunkturforschung.

"In erster Linie haben die Unternehmungen, die unmittelbar an der Arbeitsbeschaffung als Lieferanten beteiligt sind, aus der Geschäftsbelebung Gewinne gezogen".

Korporative Fassade. (ITF) Es gehört zum Wesen des faschistischen Systems, dass jede Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft von einer verstärkten Welle sozialdemagogischer Propaganda begleitet wird. Im April und Mai 1934 wurde schlagartig auf Befehl der italienischen Regierung ein neuer Lohnabbau durchgeführt, eine weitere Lohnsenkung wird bereits angekündigt. Zur Beruhigung der Arbeiter wird jedoch gleichzeitig der Aufbau des korporativen Staates verkündet, des "Staates der Produzenten". Jetzt endlich soll die Not ein Ende haben, die italienischen Arbeiter sollen gleichberechtigt mit dem Unternehmer die Voraussetzungen für eine blühende Wirtschaft und bessere Löhne schaffen.

Ein verheissungsvolles Versprechen! Vor 10 Jahren hatte der Faschismus mit blutigem Terror alle Arbeiterorganisationen zerschlagen, die freigewerkschaftlichen und die katholischen. Staatliche Organisationen wurden als Ersatz gegründet, Berufsvereine (sindicati), deren Leiter vom faschistischen Staat ernannt werden und in denen die Arbeiter nicht das geringste zu sagen haben. Die Unternehmerverbände blieben unversehrt, sie mussten sich nur ebenfalls sindacati nennen. Die vom Staat ernannten Leiter der Arbeiter-Berufsvereine regeln seitdem gemeinsam mit den Unternehmerverbänden Löhne und Arbeitsbedingungen der völlig ausgeschalteten Arbeiter und Angestellten. Der gewaltige Terrorapparat der faschistischen Miliz unterdrückt jeden Widerstand. Die Arbeiter sind gefesselt, die Unternehmer herrschen durch ihre straffe Organisation und durch die von ihnen getragene faschistische Diktatur.

Aber der Faschismus hatte einst die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung durch den Staat der gleichberechtigten Produzenten versprochen, und er musste wenigstens den Schein wahren. Seit 8 Jahren besteht in Italien ein Korporationsministerium, das jährlich nicht weniger als 100 Millionen Lire verbraucht, aber es gab keine Korporationen. Seit 4 Jahren residiert in Rom ein "Nationalrat der Korporationen" mit mehr als 160 Mitgliedern und zahlreichen Unterausschüssen und Kommissionen, doch erst jetzt, im Jahre 1934, werden die Korporationen geschaffen. Die Landesverbände der Berufsvereine, die getrennten Fachföderationen (federazioni di categoria) der Arbeiter und Unternehmer, wurden im Februar neuen Büros unterstellt, die den Namen Korporationen erhielten. Und schon war es geschehen. 22 dieser Korporationen erblickten auf diese Art am 9. Mai 1934 das Licht der Welt; der "Staat der Produzenten" ist, nach Mussolinis stolzem Wort, gebildet.

Unter einer "Korporation" versteht die faschistische Propaganda eine Organisation zur direkten und selbständigen Vertretung aller Interessen eines Produktionszweiges. Alle Interessensgegensätze sollen innerhalb dieser Organisation ausgetragen werden. Der Staat soll in das Eigenleben der Korporationen nicht eingreifen, er hat nur für den Ausgleich zwischen den Korporationen der einzelnen Berufszweige zu sorgen. Der "Staat der Produzenten", behauptet die faschistische Ideologie, sei die Überwindung des kapitalistischen Klassenstaates und der Sieg über die sozialistische Idee. Doch die Verwirklichung des korporativen Staates setzt voraus, dass die Korporationen die Macht zur selbständigen Regelung der Produktion haben, und dass alle Produzenten, Arbeiter, Angestellte und Betriebsleiter, völlig gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Die neugeschaffenen italienischen Korporationen aber sind nur ein Teil der Staatsverwaltung ohne jedes Eigenleben. Den Vorsitz in allen 22 Korporationen hat Mussolini übernommen, der als Stellvertreter einen zuverlässigen Faschisten ernannt hat. Nur dieser Vizepräsident kann Sitzungen einberufen und er allein bestimmt die Tagesordnung. Nur "auf Ersuchen der zuständigen Behörden" dürfen die Korporationen ihre Ansicht äussern, der Regierung bleibt es überlassen, ob sie sich um die Wünsche der Korporationen kümmert oder nicht. Auf die Formulierung dieser Wünsche hat die Arbeiterschaft keinen Einfluss. In der Leitung jeder Korporation sitzen in gleicher Zahl faschistische "Arbeitersekretäre" (vorwiegend juristisch vorgebildete Akademiker) und Vertreter der Unternehmer. Von der faschistischen Regierung ausgesuchte "technische Vertreter" treten hinzu und für jede der

5.)
Korporationen drei Vertreter der faschistischen Partei, unter ihnen der eigentliche Leiter, der Vizepräsident der Korporation. Bei wichtigen Abstimmungen haben die faschistischen "Arbeitersekretäre" und die Unternehmer je eine Kollektivstimme, so dass ein arbeiterfreundlicher Sekretär schon von seinen Fraktionskollegen niedergestimmt werden kann. Den Ausschlag geben in jedem Fall die meist mit den Vertretern der Unternehmer stimmenden Vertreter der faschistischen Partei. Alle Abmachungen, Tarife und Preisbindungen, die von den Korporationen beschlossen werden, unterstehen der Zustimmung des sorgfältig gesiebten Generalrats der Korporationen, und sie erhalten nur dann gesetzliche Kraft, wenn der Ministerpräsident es für gut hält, sie durch Verordnung (Dekret) zu veröffentlichen.

Durch die Korporationen sollten, behauptet die faschistische Propaganda, die Arbeiter Einfluss auf die Produktion erhalten. Aber auf die Körperschaften der Korporationen haben die Arbeiter keinen Einfluss, und die Korporationen selbst haben nichts zu sagen. Das Organ des englischen Finanzkapitals, "The Economist", bemerkt treffend: "Die Korporationen sind in Wirklichkeit nichts anderes als eine mächtige Fassade, hinter der unverändert der Kapitalismus nach Lust und Laune herrscht. Der einzige wirkliche Unterschied zwischen dem wirtschaftlichen System im faschistischen Italien und dem (kapitalistischen! Red.) in den demokratischen Ländern ist bisher, dass Streiks in Italien verboten sind".

Zweimal 7%. (ITF)

=====
Die Dividenden steigen: Unterm 19. Juni meldete die italienische Presse stolz, dass 1934 bei 105 Aktiengesellschaften für das abgelaufene Geschäftsjahr 749,2 Millionen Lire an Dividenden ausgezahlt wurden gegen 697,4 Millionen Lire 1933. Die Dividenden stiegen um 7,4%.

Die Löhne sinken: gleichzeitig meldet die Wochenschrift "Organizzazione Industriale" des italienischen Industriellenverbandes, dass die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten von Mitte April bis Mitte Mai 1934 erneut um 7% gesenkt wurden.

Der Vorsitzende des italienischen Industriellenverbandes hat ein Huldigungstelegramm an Mussolini gesandt. Er weiss warum.

Die Überstunde. (ITF) Das italienische Korporationsministerium
===== hat die Vollmacht, Löhne zu senken und zu erhöhen. Von der Vollmacht zur Lohnsenkung hat der Korporationsminister Mussolini stets fleissig Gebrauch gemacht; die italienischen Löhne sind mit die niedrigsten in Europa. Doch von Lohnerhöhung durch das Korporationsministerium hat man erst am 9. Juni 1934 etwas gehört. Und das kam so:

der vom Schwiegersohn Mussolinis geleiteten staatlichen Pressestelle war eine Propaganda-Abteilung angegliedert worden. Eine ihrer ersten Veranstaltungen war: Mussolini an der Dreschmaschine. Drei Stunden bediente der "Duce" im Kreuzfeuer der Filmoperateure und Pressephotographen die Dreschmaschine. Dann liess er sich den so sauer verdienten Lohn auszahlen.

Ein Drescher verdient in Italien zwischen 1.15 und 1.55 Lire die Stunde. Mussolini selbst hat dafür gesorgt, dass die Löhne auf dieses Hungerniveau gesenkt wurden. Aber für ihn selbst war dieser Lohnsatz natürlich zu niedrig. Er liess sich für die ersten beiden Stunden je 2.10 Lire auszahlen und die dritte Stunde musste dem der Arbeit Ungewohnten gleich mit 2.60 Lire als Überstunde berechnet werden. Denn -- jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Faschismus in Lettland. (ITF) Am Abend des 15. Mai lehnte das
===== lettische Parlament den Antrag der Sozialdemokraten, aus den staatlichen Getreidevorräten den Arbeitslosen Getreide zu einem Drittel des Marktpreises abzugeben, ab. Die Ablehnung erfolgte mit einer Stimme Mehrheit. Ein paar Stunden darauf erfolgte überraschend der Staatsstreich des Ministerpräsidenten Ullmanis. Schlagartig wurden im ganzen Lande etwa 2000 Sozialisten und Gewerkschafter verhaftet und ins Konzentrationslager nach Libau überführt.

Der neue Diktator ist der Leiter des Grossbauernbundes, hinter dem parlamentarisch zwar nur 14 von 117 Abgeordneten standen, der jedoch in dem Agrarstaat mit seinen 2 Millionen Ein-

6.)

wohnern über einen beträchtlichen wirtschaftlichen Einfluss verfügt. Die Interessen der Grossbauern sind das Regierungsprogramm der ersten Wochen der Diktatur. Alle politischen Parteien wurden verboten, die Gewerkschaften, Genossenschaften und Krankenkassen gleichgeschaltet, die Volkshäuser, die Treffpunkte der lettischen Arbeiter, den "Aissargi", der Wehrorganisation der Grossbauern, übergeben, die dort ihre Folterkammern einrichteten. Alle Notstandsarbeiten wurden eingestellt und den Arbeitslosen befohlen, zu jedem Lohn Landarbeit anzunehmen. Wer sich weigert, verliert jedes Anrecht auf die Unterstützung. Die Methoden des faschistischen Agrarstaates unterscheiden sich nur im Ausmass, nicht in der Art von den berüchtigten Vorbildern.

Dollfuss beseitigt die Betriebsräte. (ITF) Unmittelbar nach der Niederlage der österreichischen Arbeiterschaft in den Kämpfen des Februar 1934 hat die christliche Diktatur die von der Arbeiterschaft gewählten Betriebsräte abgesetzt und an ihrer Stelle durch die gleichgeschaltete Arbeiterkammer provisorische "Betriebsräte" ernennen lassen. Das Betriebsrätegesetz, das freie Wahl der Arbeitervertreter durch die Belegschaften fordert, bestand weiter. Die christliche Diktatur aber fürchtet, dass trotz Terror und Erpressung Betriebsratswahlen zu Demonstrationen für den freigewerkschaftlichen Gedanken werden könnten. Sie hat deshalb am 12. Juli das Betriebsrätegesetz aufgehoben und beschlossen, an Stelle der Betriebsräte "Werkgemeinschaften" einzuführen, in denen neben den von der Diktatur ernannten "Vertretern" der Arbeiter auch die Vertreter der Unternehmer sitzen sollen.

Dollfuss und Hitler bekämpfen sich mit Rundfunkreden und Bomben. Im Hass gegen die Arbeiterschaft aber finden sich das Hakenkreuz des Dritten Reiches und das Krukenkreuz des christlichen Österreich.

Danzig führt die Arbeitsdienstpflicht ein. (ITF) Der nationalsozialistische Senat des Freistaates Danzig hat (am 19. Juni 1934) die Arbeitsdienstpflicht eingeführt. "Jeder arbeitsdienstfähige Danziger Staatsangehörige vom vollendeten 17. bis zum 25. Lebensjahre ist arbeitsdienstpflichtig" und muss, "um der Handarbeit zu der ihr gebührenden Achtung in allen Volkskreisen zu verhelfen", ein volles Jahr Arbeitsdienst für die nationalsozialistische Regierung leisten. Doch nicht alle Volkskreise werden einberufen, die Söhne des Bürgertums, "deren Mitarbeit für die Führung eines Betriebes unerlässlich ist", werden "von Jahr zu Jahr zurückgestellt". Den Jungarbeitern soll nach den Erklärungen des Arbeitsdienst-Leiters "im Arbeitsdienst Disziplin, Unterordnung und Gehorchenlernen beigebracht werden". Zum Arbeitsdienst Eingezogene, die auch nur den Versuch machen, sich "mit vereinten Kräften einem Vorgesetzten zu widersetzen, ihm den Gehorsam zu verweigern", werden "wegen arbeitsdienstlichen Aufruhrs mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft". Für Vorbestrafte werden beim Arbeitsdienst "besondere Besserungsabteilungen" eingerichtet. Die Vorgesetzten erhalten das Recht, von sich aus Freiheitsstrafen zu verhängen, "um die Jugend zu pflichtbewussten Staatsbürgern zu erziehen und sie bei gemeinsamer Arbeit im Dienste des Volkes sozial zusammenzuschweissen".

Das durchweg nationalsozialistische Stammpersonal wird zu regulären Gehaltssätzen fest eingestellt. Die eingezogenen Arbeitsdienstpflichtigen erhalten dagegen keinen Lohn, sondern nur ein belangloses Taschengeld. Da die Zwangsarbeiter "grössere öffentliche Arbeiten durchzuführen" haben, die nicht einmal "zusätzlich" zu sein brauchen, bedeutet die Danziger Arbeitsdienstpflicht nicht nur ein Ausnahmegesetz gegen die Jungarbeiterschaft, sondern zugleich die Gefahr eines staatlichen Lohndrucktrupps, vor allem für die in Transport, Tiefbau und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Anhang 2.

Amsterdam, den 28. Juli 1934.

"Wenn ich gewusst hätte...." (ITF) Im Stettiner Hafen wurde den Hafen-
=====
arbeitern, die beim Holzlöschern be-
schäftigt sind, der Lohn gesenkt. Selbstverständlich geschah das in
der für den Nationalsozialismus typischen Form, die bei Aussenstehen-
den den Eindruck erwecken soll, dass die Löhne eigentlich erhöht wurden.
Bisher wurde für das Löschen eines Kubikmeters Holz 32 Pfennig bezahlt,
jetzt 40 Pfennig. Doch während bisher je 5 Mann in der Gänge pro Kubik-
meter 32 Pfg. erhielten, müssen sich jetzt 10 Mann in der Gänge in 40
Pfg. pro Kubikmeter teilen. Der bisher gezahlte Schichtlohnzuschlag
von 10% fällt fort.

Zur Beruhigung der über diesen Lohnabbau empörten Holzlöschler rief
die Deutsche Arbeitsfront eine Versammlung ein, auf der die Hafenaarbei-
ter sich "aussprechen" sollten. Die Versammlung war sehr stark besucht.
Der Redner der Arbeitsfront berichtete, der Treuhänder habe die Lohn-
herabsetzung angeordnet, um (auf Kosten der schlechtbezahlten Hafenaar-
beiter!) Arbeitslose in Arbeit zu bringen und damit die Erwerbslosen-
unterstützung finanziell zu entlasten. Den Holzlöschern geschähe kein
Unrecht, auch die Zuschläge für Flachs usw. würden noch abgebaut werden.
Der Schichtzuschlag fiel fort, da künftig ohne längere Mittagspause
durchgearbeitet würde.

Die Versammlung wurde erregt, es sprachen drei Hafenaarbeiter, un-
ter ihnen der neu "gewählte" Betriebsvertrauensmann. Sie verlangten
energisch, bei der Lohnverhandlung mit dem Treuhänder hinzugezogen zu
werden. Dem Redner wurde der Gang der Versammlung unheimlich, er brach
die Diskussion ab und erklärte, dass er als "Führer" die Anordnungen
des Treuhänders anerkannt habe, die Hafenaarbeiter hätten zu folgen. Eine
Aussprache darüber, ob das Lohndiktat des Treuhänders anzunehmen oder
abzulehnen sei, gäbe es im Dritten Reich nicht. Da sprang der Vertrau-
ensmann auf und brüllte in den Saal: "Wenn ich gewusst hätte, wie es
jetzt zugeht, hätte ich den Posten nicht angenommen. Ich lege meinen
Posten nieder. Uns siehst Du hier nicht wieder". Damit zogen die
Hafenaarbeiter geschlossen ab.

Ein Bordspitzel. (ITF) Selbst auf dem kleinsten deutschen Schiff be-
=====
findet sich wenigstens ein NSBO-Vertrauensmann
zur Bespitzelung der Seeleute und Schiffsoffiziere. "Die Hauptaufgabe
der NSBO-Seefahrt ist die, dass die Verleumder an Bord der deutschen
Schiffe mit Stumpf und Stiel endlich ausgerottet werden", erklärte das
parteiamtliche Nachrichtenblatt der Abteilung Seefahrt der NSDAP.

Auf dem Passagierdampfer "Hansestadt Danzig" fungierte als NSBO-
Spitzel der Kapitän-Steward Hermann Zühlke. Zühlke war früher aktiver
Funktionär der RGO. 1931 ging er zu den Nationalsozialisten und wurde
mit Beginn des Dritten Reiches politischer Vertrauensmann der NSDAP an
Bord der "Hansestadt Danzig".

Seit längerer Zeit verschwanden regelmässig Gelder aus der Schiffs-
kasse. Ein Wachmann beobachtete nun zufällig während der Liegezeit im
Hafen, wie der famose Vertrauensmann mit einem Nachschlüssel an der
Schiffskasse arbeitete. Er weckte darauf den l. Offizier, mit dem er
gemeinsam wartete, bis der politische Vertrauensmann sich nach berühm-
ten Mustern die Taschen gefüllt hatte. Dann wurde zugegriffen und der
Ertappte verhaftet. An seiner Stelle wartet jetzt ein noch nicht Er-
tappter auf die Gelegenheit, klassenbewusste Seeleute "mit Stumpf und
Stiel auszurotten".

Heuerkürzung der italienischen Seeleute. (ITF) Wie der "Lavoro"
=====
(Genua, 18. Juli)
meldet, haben die faschistischen Berufsvereine (sindicati) mit den
Reedern eine neue empfindliche Senkung der Heuern vereinbart. In
der Passagierschiffahrt wurden die Heuern um 10% gesenkt. In der
Trampschiffahrt wird die Heuer um 6% gesenkt, der Verpflegungssatz
jedoch um 10% und das Handgeld um 12%.

Den Reedern hat die faschistische Diktatur aus Steuermitteln
erneut weit über 300 Millionen Lire als Subvention bewilligt, den
Seeleuten kürzt sie die Heuer.